

Hessische Landesregierung

Beauftragter für das jüdische Leben und
den Kampf gegen Antisemitismus

HESSEN



BERICHT DES BEAUFTRAGTEN DER LANDESREGIERUNG

FÜR DAS JÜDISCHE LEBEN UND DEN KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	2
• Einleitung	12
Antisemitismus als globales Phänomen und politische Querschnittsaufgabe	12
• Hessen	13
• Antisemitische Vorfälle und Straftaten	15
PKM / PKS	15
Meldungen beim Aktionsprogramm „Hessen gegen Hetze“	18
Meldungen antisemitischer Vorfälle und Beratungsfälle	18
• Bestandsaufnahme von Projekten und Maßnahmen	21
• Themenschwerpunkte	29
Einrichtung einer hessenweiten Meldestell	29
Übernahme der IHRA-Definition	31
Sicherheit der jüdischen Einrichtungen	32
Meet a Rabbi	33
• Vernetzung und Kooperation	35
• Ausblick und Handlungsempfehlungen	38
• Pressemitteilungen (Auswahl)	43
• Eindrücke aus der Arbeit des Landesbeauftragten	45

Vorwort

„In Wirklichkeit waren für mich die erste große Entdeckung des Judentums, oder meines Judentums, die Schläge, die ich in der Schule bekommen habe. Es wird wohl April 1933 gewesen sein in der Wöhler-Schule in Frankfurt, weil ich Jude war.“¹

Mit diesen Worten beschreibt der in Frankfurt geborene Politologe, Soziologe und Publizist Alfred Grosser seine frühen Erfahrungen mit der eigenen jüdischen Existenz und mit dem Phänomen Antisemitismus, den er bereits in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Diktatur zu spüren bekam. Die Prügel von Schulkameraden, die der 8-jährige Junge aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum erdulden musste, stehen exemplarisch für viele Kindheitserinnerungen junger Jüdinnen und Juden aus dieser Zeit. Aus Sorge vor weiteren brutalen Übergriffen verließ die angesehene jüdische Familie noch im gleichen Jahr ihre Heimat im Frankfurter Westend und emigrierte nach Frankreich. Dort ist Alfred Grosser heute ein führender Intellektueller mit deutsch-jüdischen Wurzeln, der stets für die deutsch-französische Verständigung eintrat. In Hessen wurde er für seine Verdienste 2009 mit der Wilhelm-Leuschner-Medaille ausgezeichnet.

Der Antisemitismus des Jahres 1933, den Alfred Grosser schmerzlich erfahren musste und der mit dem von den Nationalsozialisten organisierten, industriellen Massenermord an den deutschen und europäischen Juden die dunkelste Epoche unserer Geschichte kennzeichnet, ist heute noch längst nicht überwunden. Wir nehmen seit einigen Jahren mit zunehmender Besorgnis wahr: Antisemitische Vorfälle, Beschimp-

¹ Zitat aus Hans Jürgen Schultz (Hg.), Mein Judentum. Stuttgart 1991, S. 50.

fungen oder gewalttätige Übergriffe sind keine Randerscheinung unserer Gesellschaft. Aktuelle Umfragen und wissenschaftliche Studien belegen, in welchem Ausmaß und in welchen wechselnden Ausdrucksformen Antisemitismus in Deutschland, in Europa und auch als globales Phänomen zugenommen hat.

Der rechtsterroristische Anschlag auf die Synagoge von Halle am 5. Oktober 2019 sowie weitere judenfeindliche und antisemitische Anschläge und Attentate in Frankreich, Belgien, den USA und Neuseeland haben uns schlaglichtartig vor Augen geführt, wie gefährdet jüdisches Leben in Deutschland und auf der ganzen Welt ist. Die Bilder des Anschlags, die vom Täter live ins Internet übertragen und in den Zusammenhang antisemitischen Verschwörungstheorien gestellt wurden, verweisen auf die zentrale Bedeutung des Internets. In sozialen Netzwerken und Videoplattformen lassen sich heute antisemitische Botschaften schneller und effektiver, vor allem aber direkter und offener verbreiten. Die drastische Zunahme antisemitischer Online-Kommentare und das Absinken von Hemmschwellen sind Symptome, auf die vermehrt hingewiesen wird und die entsprechende Präventions- und Bekämpfungsmöglichkeiten erfordern.

Auf diese Weise haben sich in Deutschland wie in Hessen in den letzten Jahren antisemitische Ressentiments, Denkmuster und Einstellungen in der Mitte unserer Gesellschaft weiter ausgebreitet, ihre Artikulation reicht von der vermeintlichen Harmlosigkeit beiläufiger Bemerkungen bis hin zu aggressiven und eskalierenden Bedrohungsszenarien. Dabei spielen die Sprache, Bilder und immer wiederkehrende Verschwörungstheorien und die Konstruktion von Feindbildern eine entscheidende Rolle. Stehen wir angesichts der Zunahme von rechtsradikalen und populistischen Par-

teilen, der zunehmenden Bedrohung jüdischen Lebens und der fundamentalen Unsicherheit vieler jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger vor einer „Zeitenwende“, wie es der an der TU Berlin lehrende Literaturwissenschaftler Yael Kupferberg kürzlich formuliert hat. Das Engagement gegen Antisemitismus sowie der Schutz jüdischen Lebens sind heute mehr denn je als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung anzusehen und zu begreifen.

Mit der Vorlage eines ersten Berichtes meiner Tätigkeit als Beauftragter des Landes Hessen für jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus soll ein Überblick über wichtige Projekte, Maßnahmen und Themenschwerpunkte meiner Tätigkeit vermittelt werden. Der intensive Austausch und die Vernetzung mit dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, mit den Beauftragten der Bundesländer, aber auch mit den Dienststellen des Landes Hessen, den jüdischen Einrichtungen und Organisationen, den Städten und Kommunen sowie gesellschaftlichen und privaten Einrichtungen ist dabei ein wichtiges und wesentliches Element meiner bisherigen Tätigkeit. Als Ansprechpartner und Kontaktperson geht es mir um die Unterstützung, Koordination und Vernetzung bereits bestehender Maßnahmen der Hessischen Landesregierung und nachgeordneter Bereiche, aber auch um die Entwicklung eigener Strategien und Konzepte zur Bekämpfung des Antisemitismus und um eine bewusste Förderung des Engagements für jüdisches Leben in unserem Land.

Jüdisches Leben besitzt in Hessen eine Jahrhunderte alte Tradition und ist damit Teil der Identität unseres Landes. Jüdische Familien haben die positive Entwicklung von Städten und Gemeinden in Hessen seit nunmehr 900 Jahren maßgeblich mitgeprägt

und ohne deren Wirken wäre unser Land heute von der Kultur über die Wissenschaft bis hinein in viele andere gesellschaftliche Bereiche ärmer. Dennoch mussten Jüdinnen und Juden über die Jahrhunderte hinweg immer wieder um ihr Gesundheit und ihr Leben bangen, wurden Opfer von Entrechtung, Vertreibung, Pogromen und Ermordung. Während des dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte, ist auch Hessen in seinen damaligen Strukturen an seinen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern schuldig geworden. Es hat sie nicht geschützt, sondern verraten und ermordet. Daraus erwächst eine zusätzliche Verpflichtung, diesen Menschen auch für die Zukunft zu gedenken, und aus der begangenen Schuld die Verantwortung abzuleiten, dass sich derartiges nie mehr wiederholen darf.

76 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz müssen wir jedoch in Europa wie auch bei uns in Deutschland und in Hessen leider eine Zunahme des Antisemitismus feststellen, der sich aus den Hinterzimmern längst wieder in die Mitte der Gesellschaft traut. Der Antisemitismus des 21. Jahrhunderts weht als Hauch von Auschwitz wieder durch zu viele Straßen und Wohnstuben Europas, ohne dass seine bedrohliche Kälte die Menschen wirklich aufschreckt. Der Judenhass traut sich wieder offen und aggressiv auf die Straßen und Plätze unserer Städte und die virtuelle Vernichtung von jüdischem Leben findet in den sozialen Medien immer mehr Raum. Unsere Gesellschaft muss endlich aufwachen und aufstehen für jüdisches Leben und gegen Judenfeindlichkeit. Kränze niederzulegen und Geschehenes zu bedauern reicht nicht, wir müssen Bäume für Jüdisches Leben in unserem Land pflanzen.

Wir müssen feststellen, dass die Judenfeindlichkeit in Deutschland wieder wächst und geschichtliche Erfahrung nicht aus dem Gedenken alleine künftige Generationen immun gegen Antisemitismus macht. Jede Generation ist neu gefordert, für ein offe-

nes und friedliches Miteinander unserer Gesellschaft einzutreten. Doch unsere Gesellschaft ist zu träge und hat sich an zu vielen Stellen bereits wieder an die Schatten des Antisemitismus, an judenfeindliche Stereotype gewöhnt. Wir sehen Angriffe auf Jüdinnen und Juden, die Schändung jüdischer Synagogen und Friedhöfe, Judenfeindlichkeit auf den Schulhöfen und auf Sportplätzen und blinden Israelhass. Wir sehen Angst und Verunsicherung bei jüdischen Familien, wir sehen zu und sehen zu oft weg, aber wollen vielfach nicht begreifen, dass die Zukunft unseres gesellschaftlichen Miteinanders insgesamt in Gefahr ist.

Der Nationalsozialismus pervertierte die Errungenschaften der industriellen Revolution und setzte die Instrumente der Massenproduktion zur industriellen Vernichtung jüdischen Lebens und zur stückhaften Verwertung von grausam ermordeten Menschen ein. Im Zeitalter der Digitalisierung findet vor aller Augen die virtuelle Vernichtung von jüdischem Leben Tag für Tag in den sozialen Netzwerken und damit in der Digitalen Welt statt und die reale Welt schaut aus ihren Wohnstuben heraus mit zunehmender Gewöhnung zu. Die Gefahr ist groß, dass sich in den kommenden Jahren immer mehr Türen aus der einen in die andere Welt öffnen, der Anschlag auf die Synagoge von Halle ist ein Beispiel dafür. Neben zwei unschuldigen Opfern, die vom dortigen Attentäter kaltblütig ermordet wurden, hat eine einzige Tür in Halle dafür gesorgt, dass es nicht zum größten Massenmord an Jüdinnen und Juden in Deutschland nach 1945 gekommen ist. Unsere gesamte Gesellschaft muss sich als Tür begreifen, die jüdisches Leben und damit unser friedliches Miteinander insgesamt schützt. Handeln ist erforderlich, bevor heutige Jahreszahlen auf Stolpersteinen stehen. Wenn Jüdinnen und Juden in Hessen darüber nachdenken, ob sie eine Zukunft in unserem Land haben, dann ist es nicht 5 vor 12, dann geht es nicht um die Frage

den Anfängen zu wehren, dann ist es 10 nach 12 und wir müssen jenen Entwicklungen entgegentreten, die Einzug gehalten haben und an die sich unsere Gesellschaft an vielen Stellen schon wieder viel zu selbstverständlich gewöhnt hat.

Wir dürfen uns nie daran gewöhnen, dass sich Jüdinnen und Juden nicht trauen, ihren Glauben offen auf den Straßen und Plätzen zu zeigen, dass wir jüdische Einrichtungen in unserem Land besonders schützen müssen, dass der Begriff Jude als Schimpfwort auf Schulhöfen gebraucht wird, dass antisemitische Schmierereien zu sehen sind und in den Köpfen der Menschen judenfeindliche Stereotype bis hinein in zu große Teile der Mitte unserer Gesellschaft vorhanden sind. Wer mit Blick auf die Zeit des Holocaust von einem „Vogelschiss“ spricht, der relativiert dieses beispiellose Menschheitsverbrechen in einer Weise, die einer Leugnung vielleicht nicht im strafrechtlichen Sinne, aber zumindest politisch gleichkommt und der trägt zur Vergiftung unseres gesellschaftlichen Klimas bei. Es gibt ganz offensichtlich ein Grundrauschen des Antisemitismus, das sich in der Gewöhnung an judenfeindliche Stereotype ausdrückt und bereits oder wieder wichtige Teile unserer Gesellschaft erreicht hat. Dieses Grundrauschen macht taub gegenüber der Wahrnehmung antisemitischer Sprache. Es braucht ein stärkeres Maß an Sensibilität und Sensibilisierung und eine neue Handlungskultur, die aufweckt und klar die Unterschiede zwischen Meinungsfreiheit und Antisemitismus benennt. Die Buntheit und Vielfalt des Antisemitismus reicht heute vom rechtsradikalen Judenhass, der noch immer für den Großteil antisemitisch motivierter Straftaten verantwortlich ist, bis zu einer blinden Israelfeindlichkeit, die oft den Umweg über den Antizionismus wählt und beim Antisemitismus ankommt. Gleichzeitig stellt jene Judenfeindlichkeit eine wachsende Herausforderung dar, die sich aus Kulturkreisen des Nahen und Mittleren Ostens speist, wo schon heranwach-

sende Kinder mit dem Feindbild des bösen Juden, der in der Regel auch gleichzeitig Israeli ist, erzogen werden.

Es ist an der Zeit, dem wachsenden Antisemitismus entschiedener entgegenzutreten. Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich nicht nur der Staat konsequenter annehmen muss, sondern jede und jeder einzelne ist gefordert.

Judenfeindlichkeit ist ein gesellschaftliches Gift, welches das Miteinander zerstört. Daher ist nicht zuvorderst die jüdische Gemeinschaft als Ziel und Opfer des Antisemitismus, sondern die gesamte Gesellschaft aufgefordert, gegen Judenfeindlichkeit aufzustehen und sich gegen Antisemitismus zu engagieren. In den zurückliegenden Jahrzehnten ist im Rahmen der Globalisierung und der Digitalisierung die Welt kleiner geworden und unsere Gesellschaft in Europa und Deutschland vielfältiger und bunter. Letzteres trifft leider auch auf den Antisemitismus zu, der auch 76 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz nicht etwa in einer offeneren Gesellschaft Opfer dieser Buntheit und Vielfalt geworden ist, sondern im Gegenteil heute wieder aktiv jüdisches Leben in unserem Land bedroht. Es ist Aufgabe von uns allen, die Straßen und Plätze unseres Landes zu füllen, um für ein freies und offenes Miteinander, für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung ein- und aufzustehen. Und wir stehen als Deutsche ganz besonders in der Verantwortung, gegenüber Israel und den Menschen dort, unsere Solidarität zu zeigen und zu leben. Das ist die Verantwortung, die sich aus dem Gedenken an die Opfer der Shoah ableitet. Judenfeindlichkeit beschränkt sich nicht auf einzelne gesellschaftliche Bereiche, sondern er zeigt sich an nahezu allen Orten gesellschaftlichen Lebens, ob in der

Schule, im Sport, in den Medien oder im politischen Geschehen. Dort wo Antisemitismus konkrete Anknüpfungspunkte bzw. Adressaten und Opfer findet, sei es die jüdische Schulkameradin, der jüdische Sportverein oder eine jüdische Einrichtung, findet er inzwischen in erschreckender Offenheit statt. Auch wenn die polizeilich erfassten antisemitischen Straftaten in Hessen in den Jahren von 2014 bis 2018 eher einen rückläufigen Trend vermittelt haben und auch der Anstieg in 2019 bei einem deutlichen Sprung nahe an der Zahl des Jahres 2014 liegt, so muss doch insgesamt von einem deutlich höheren Anstieg judenfeindlicher Vorkommnisse in Hessen ausgegangen werden, als sich dies aus jenen Daten ableiten ließe. Die Dunkelziffer ist auch deshalb sehr hoch, weil eine große Zahl antisemitischer Vorkommnisse nicht gemeldet wird. Zum einen erscheinen persönliche Erlebnisse den Betroffenen oft nicht „meldenswert“, da sich in trauriger Weise Betroffene oft über die Jahre an das Grundrauschen des Antisemitismus gewöhnt haben. Zum anderen sind vorhandene Instrumente zur Vereinfachung des Auf- und Anzeigens judenfeindlicher Taten nicht überall präsent bzw. auch noch im weiteren Aufbau begriffen.

Hessen leistet hier in vielfältiger Form bereits eine beispielgebende Arbeit über die verschiedenen Bereiche und Ressorts hinweg, sieht sich allerdings auch aufgrund der Breite judenfeindlicher Verbreitungsformen und Hintergründen mit der Notwendigkeit passgenauer Angebote konfrontiert. Aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen mussten einige Aktivitäten und Projekte gerade auch im Zusammenhang mit der Wissensvermittlung an Schulen stark eingeschränkt oder verschoben werden. Dies ist umso bedauerlicher, da im Rahmen der Anti-Corona-Bewegung zunehmend antisemitische Elemente und Denkmuster zu beobachten sind. Der Beauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, bezeichnete vor kurzem

Antisemitismus „als zentrales Bindeglied“ der Corona-Protteste, das „als kleinster gemeinsamer Nenner“ zwischen ganz unterschiedlichen Milieus wie Rechtsextremismus, Islamismus, aber auch bürgerlichen und progressiven bis linken Gesellschaftsschichten. Die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung, Anette Kahane, warnt in diesem Zusammenhang eindringlich vor der Zunahme von Verschwörungstheorien, die immer ein „antisemitisches Betriebssystem“ haben.

Vor diesem Hintergrund muss das Engagement gegen Antisemitismus umso mehr ein zentrales Anliegen des Landes Hessen sein. Es geht dabei längst nicht mehr nur um individuelle antisemitische Einstellungen und antisemitisch motivierte Gewalttaten, sondern es geht um komplexere Phänomene wie rechtsextremistische und rechtsterroristische online-Subkulturen, um krude Verschwörungsmymen und auch zunehmend um israelbezogenen Antisemitismus, der die Existenzberechtigung des Staates Israel in Frage stellt. Das digitale Zeitalter hat Antisemitismus mehr denn je zu einem Querschnittsthema und nahezu zu einem 360 Grad-Problem gemacht. Dafür müssen neue Strategien und Maßnahmen zu einer wirkungsvollen Bekämpfung entwickelt werden.

Ich danke der Hessischen Landesregierung, insbesondere Herrn Ministerpräsident Volker Bouffier, für das mir entgegengebrachte Vertrauen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die enge Kooperation mit der Hessischen Staatskanzlei, den Ministerien und Dienststellen des Landes Hessen sind für meine Tätigkeit von zentraler Bedeutung. Ein ganz besonderer Dank gilt aber auch dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen und der Jüdischen Gemeinde Frankfurt sowie allen jüdischen Einrichtungen und Organisationen in Hessen für die freundschaftliche Zu-

sammenarbeit, deren Grundlagen bereits vor meiner Ernennung zum Beauftragten des Landes Hessen gelegt wurden und meine bisherige gesellschaftliche Arbeit mitgeprägt haben.

Frankfurt am Main/Wiesbaden

18. Februar 2021

Uwe Becker

1. Einleitung

1. Antisemitismus als globales Phänomen und politische Querschnittsaufgabe

„Antisemitism develops into various forms and must be combated with complementary public policies. Studies published for example by the European Agency of Fundamental Rights (FRA) and Eurobarometer 484 show that antisemitism in all forms is increasing prevalent in Europe“, stellte der Europäische Rat in einer Erklärung vom 2. Dezember 2020 fest und verwies auf die international wie europaweit wachsende Bedrohung der jüdischen Bevölkerung durch die Zunahme antisemitischer Vorfälle und hassmotivierter Straftaten sowie auf das ansteigende Auftreten von Verschwörungstheorien insbesondere im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Die beiden genannten Studien² aus dem Jahren 2018 und 2019 verdeutlichen die international wie national ansteigende Zunahme antisemitischer Denkmuster, Vorfälle und Straftaten, deren Bekämpfung ein Querschnittsthema verschiedener Politikbereiche und Regierungsebenen darstellt. Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, fordert dafür ein „geeignetes Bündel europäischer Instrumente und eine ausreichende Grundlage“. Dabei werden, wie es die Erklärung des Europäischen Rates eingangs betont, auch die Werte und Zielvorstellungen Europas berührt: „Any form of antisemitism, intolerance or racist hatred is incompatible with the values and aims of the European Union and its Member States and must be addressed through decisive action at European and national level.“ Der Schutz und die Unterstützung jüdischen Lebens als Teil der europäischen Identität stellt daher eine permanente Verpflichtung auf europäischer Ebene wie auf der Ebene der Mitgliedsstaaten dar. Die nachhaltige und vernetzte Bekämpfung des Antisemitismus und seiner unterschiedlichen Formen auf allen Ebenen ist ein daher ein wichtiges Anliegen der Politik und darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Unterstützung und der Schutz jüdischen Lebens in Hessen und in seiner regionalen Vielfalt, die Pflege der jüdisch-christlichen Beziehungen, die erschreckende Ge-

² Council of the European Union: Council Declaration on mainstreaming the fight against antisemitism across policy areas, Brussels, 2 December 2020 (OR. en) 13637/20 <https://www.consilium.europa.eu/media/47065/st13637-en20.pdf>, Seite 3 (Zugriff am 18.2. 2021)

schichte von Judenfeindschaft und Antisemitismus vor und nach 1945 und deren Bekämpfung gehören zu den zentralen Anliegen der Hessischen Landesregierung. Das Land Hessen hat gerade nach 1945 mit der Aufarbeitung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und ihrer strafrechtlichen Ahndung wesentliche Impulse geliefert und einen wichtigen Beitrag für das politische Klima und die Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland geleistet. In dieser besonderen Tradition und aufgrund der besonderen historischen Verantwortung sind die Förderung und der Schutz des jüdischen Lebens in Hessen elementare und unverzichtbare Bestandteile der hessischen Landespolitik. Mit dem 1948 gegründeten Landesverband Jüdischer Gemeinden wurde erstmals 1986 ein Staatsvertrag abgeschlossen, um das jüdische Leben und seine besonderen kulturellen Formen zu fördern. Angesichts der jüngsten antisemitischen Übergriffe und Straftaten und der intensiven Diskussion über eine Zunahme des Antisemitismus in Deutschland wurde in diesem Zusammenhang von einem „neuen Unbehagen“ gesprochen.³ Dabei geht es immer um die Frage, wie man diesem alten und neuen Phänomen bestmöglich auf allen Ebenen entgegengetreten kann.

2. Hessen

Die Hessische Landesregierung hat in der 19. Legislaturperiode erstmalig einen Beauftragten als Ansprechpartner für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus berufen. Die Berufung im Jahre 2018 erfolgte durch einen Kabinettsbeschluss der schwarz-grünen Landesregierung in enger Abstimmung mit dem Jüdischen Landesverband Hessen und der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. Der erste Antisemitismusbeauftragte des Landes Hessen, Professor Dr. Felix Semmelroth (CDU), bekleidete sein Amt zwischen Juli 2018 und April 2019. Als Kulturwissenschaftler und ehemaliger Kulturdezernent der Stadt Frankfurt (2006-2016) konnte er in seinem Amt als Beauftragter des Landes einige Impulse setzen.

Nach der Aufgabe des Amtes durch Professor Semmelroth aus gesundheitlichen Gründen berief die Hessische Landesregierung mit Kabinettsbeschluss vom 4. April 2019 in der 20. Legislaturperiode den Frankfurter Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker (CDU) als neuen Beauftragten für jüdisches Leben und den Kampf ge-

³ Vgl. Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute hrsg. von Olaf Glöckner/Günther Jikeli, (Haskala, Bd. 53). Hildesheim/Züroch7New York 2019.

gen den Antisemitismus. Herr Bürgermeister Becker wurde am 9. Mai 2019 von Ministerpräsident Volker Bouffier vorgestellt und ernannt. Uwe Becker ist seit vielen Jahren mit dem jüdischen Leben in Hessen, der jüdisch-christlichen Tradition in Deutschland vertraut und engagiert sich zudem in vielfältiger Weise für die deutsch-israelischen Beziehungen.

Er soll neben seiner repräsentativen Funktion für die Hessische Landesregierung vor allem Ansprechpartner für die Jüdinnen und Juden in Hessen und für die jüdischen Gemeinden, Verbände, Vereine und Institutionen sein. Darüber hinaus hält er Kontakt zu Verbänden und Institutionen, die sich mit jüdischem Leben und den Kampf gegen Antisemitismus in Hessen, in anderen Bundesländern und auf Bundesebene befassen. Er steht im regelmäßigen Austausch zu anderen Antisemitismusbeauftragten der Länder, des Bundes auf der europäischen Ebene und bringt die Erfahrungen in Hessen auch in den internationalen Austausch ein. Ferner unterstützt und koordiniert er die Zusammenarbeit und Vernetzung der bereits bestehenden Aktivitäten der Landesregierung und der nachgeordneten Bereiche, um Maßnahmen gegen den Antisemitismus zu intensivieren, zu stärken und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus ist der Beauftragte der Landesregierung Ansprechpartner für die Opfer von Antisemitismus und unterrichtet die Öffentlichkeit über Entwicklungen seines Zuständigkeitsbereichs.

Der Antisemitismusbeauftragte der Hessischen Landesregierung ist organisatorisch in der Hessischen Staatskanzlei angesiedelt und wird dort durch das Referat R 1 in seinen vielfältigen Aktivitäten und in inhaltlicher Weise unterstützt. Dies betrifft u.a. seine Aktivitäten im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die von der Abteilung I der Staatskanzlei unterstützt wird.

2. Antisemitische Vorfälle und Straftaten

Die gegenwärtig zu beobachtende Bandbreite antisemitischer Vorfälle und Straftaten ist sehr weit, facettenreich und einem dynamischen Wandel unterworfen und reicht von Diffamierungen über Diskriminierung bis hin zu gewalttätigen physischen Übergriffen. Dabei sind nicht alle antisemitischen Vorfälle strafrechtsrelevant, jedoch ist es unerlässlich, diese in ihrer Gesamtheit zu betrachten. Die wissenschaftliche Diskussion fokussiert sich gegenwärtig auf die mitunter diffusen Ausdrucksformen von Antisemitismus und ihre Hintergründe.

Der unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hat in seinem ersten Bericht 2011 nachfolgende Artikulationsmodi aufgezeigt: „latente Einstellungen, verbalisierte Diffamierungen, politische Forderungen, diskriminierende Praktiken, personelle Verfolgung, existenzielle Vernichtung.“⁴ Vor diesem Hintergrund beziehen sich die erhobenen Daten zu antisemitischen Vorfällen auf die unterschiedlichen Facetten und Formen, die nachfolgend betrachtet werden sollen. Zudem ist hervorzuheben, dass es eine nicht unbedeutende Dunkelziffer von Vorfällen gibt, die sich weder in der Polizeistatistik noch in den Beratungs- und Meldestellen widerspiegelt. Der Beauftragte der Landesregierung ist daher auch Ansprechpartner für Opfer und Zeugen von antisemitischen Vorfällen und leitet entsprechende Daten an die zuständigen Stellen weiter. Diesbezüglich ist er u.a. im Austausch mit dem Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE), Demokratiezentrum und den verschiedenen Meldestellen sowie der Antisemitismusbeauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main.

1. PKM / PKS⁵

Das Bundesinnenministerium verzeichnet in seinem 2019 vorgelegten Bericht zur politisch motivierten Kriminalität 2.032 Straftaten gegen jüdische Menschen und Einrichtungen, 2018 hatte die Zahl noch bei 1.799 und 2017 bei 1.504 gelegen. Aus diesen Zahlen ist die Zunahme antisemitischer Straftaten in Deutschland erkennbar: Sie

⁴ Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze, Deutscher Bundestag Drucksache 17/7700, unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/077/1707700.pdf>, Seite 9.

⁵ Daten übermittelt vom HKE am 11. August 2020 an R1 (Stk).

sind im Jahr 2019 um 13 Prozent gegenüber dem Jahr 2018 angestiegen (2019: 2.032; 2018: 1.799) und mit 93,4 Prozent dem Phänomenbereich politisch motivierte Kriminalität (PMK) – rechts – zuzuordnen.⁶

Antisemitismus in Deutschland	2019	2018	2017	2016	2015	2014
Erfasste Fälle	2.032	1.799	1.504	1.468	1.366	1.596
darunter Gewalttaten	73	62	32	34	36	45
PMK -rechts-	1.898	1.603	1.412	1.381	1.246	1.342
PMK -links-	6	14	1	2	5	7
PMK -Ausländer-				48	78	176
PMK -ausländische Ideologie-	57	102	41			
PMK -religiöse Ideologie-	24	52	30			
PMK -nicht zuzuordnen-	47	28	20	37	37	71

Doch verweisen die Verfasser der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 auch darauf, dass nicht nur „die Anzahl der registrierten antisemitischen Straftaten zu[nimmt], sondern auch ihre Intensität, haben doch die antisemitischen Gewalt- und Straftaten eine lange nicht mehr dagewesene Zerstörungskraft erreicht.“⁷

Der unabhängige Expertenkreis hebt jedoch in seiner Unterrichtung der Bundesregierung hervor, dass „Antisemitismus aber nicht allein ein Phänomen in den extremen politischen Milieus [sei], sondern noch immer sind Teile der Mehrheitsgesellschaft für bestimmte Formen von Antisemitismus empfänglich. Nach Auskunft verschiedener Studien hält konstant etwa ein Fünftel der Bevölkerung an ‚klassisch‘ antisemitischen Einstellungen wie ‚Juden haben zu viel Macht/zu viel Geld‘ fest; israelbezogene Judenfeindlichkeit ist sogar bei ca. 40 Prozent der Bevölkerung quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen und Milieus und damit auch in der sogenannten ‚Mitte der Gesellschaft‘ verbreitet. Wenn sich auch der ‚klassische Antisemitismus‘, der sich auf rassistische und religiöse Vorstellungen stützt, in Deutschland inzwischen weniger weit verbreitet ist, so nimmt gleichzeitig der so genannte ‚sekundäre Antisemitismus‘ zu. Hier geht es vor allem um die Relativierung des Holocaust und der natio-

⁶ Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen hrsg. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat vom 12. Mai 2020 unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=11, S. 5f.

⁷ Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020 hrsg. von Oliver Decker, Elmar Brähler, Gießen 2020, S 211..

nalsozialistischen Gewaltverbrechen. Und nicht zuletzt mit der Corona-Pandemie sind neue antijüdische, antisemitische oder antiisraelische Verschwörungsmymthen entstanden, die mit den absurdesten Phantasien Juden als Urheber dieser Entwicklung beschuldigen und dies zur Grundlage von Hass und Hetze machen. Hass und Hetze können einen zusätzlichen Nährboden für Gewalt bieten.“⁸

Die bundesweiten Fallzahlen belegen deutlich, dass die strafrechtsrelevanten antisemitischen Vorfälle aber auch die antisemitischen Einstellungen, die nach wie vor in der Gesellschaft verankert sind und gerade durch populistische Äußerungen und die Zeit der Corona-Pandemie in Zusammenhang mit Verschwörungstheorien eine Renaissance erfahren. Letztere trägt dazu bei, dass solche Äußerungen und Einstellungen nicht mehr verdeckt erfolgen oder sich nur in wissenschaftlichen Erhebungen niederschlagen, sondern verstärkt lautstark und offen, oftmals auch in den sozialen Medien kommuniziert werden. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den hessischen Zahlen wider.

Nachfolgend werden die Fallzahlen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) zum Themenfeld Antisemitismus (als Teilmenge der Hasskriminalität) für Hessen und des Bundes aufgeführt. Stichtag für die Erfassung der den jeweiligen Jahren zuzuordnenden Straftaten ist gemäß bundeseinheitlicher Festlegung der 31.01. des jeweiligen Folgejahres.

Antisemitismus in Hessen	2019	2018	2017	2016	2015	2014
Erfasste Fälle	79	50	59	62	70	76
darunter Gewalttaten	1	3	0	1	2	3
PMK -rechts-	76	41	54	56	65	69
PMK -links-	0	0	0	0	0	0
PMK -Ausländer-				3	4	4
PMK -ausländische Ideologie-	1	6	2			
PMK -religiöse Ideologie-	1	1	1			
PMK -nicht zuzuordnen-	1	2	2	3	1	3

⁸ Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung über den Umsetzungsstand und die Bewertung der Handlungsempfehlungen des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Drs. 19/22389 unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/223/1922389.pdf> aufgerufen 9.2.2021, S. 3. sowie Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Autoritäre Dynamiken Neue Radikalität – alte Ressentiments hrsg. von Oliver Decker, Elmar Brähler, Gießen 2020, S. 204.

Auch wenn die polizeilich erfassten antisemitischen Straftaten in Hessen in den Jahren von 2014 bis 2018 eher einen rückläufigen Trend vermittelt haben (2014 76 erfasste Fälle in Hessen gegenüber 2018 50 erfassten Fällen) und auch der Anstieg in 2019 auf 79 bei einem deutlichen Sprung nahe an der Zahl des Jahres 2014 liegt, so muss doch insgesamt von einem deutlich höheren Anstieg judenfeindlicher und antisemitischer Vorkommnisse in Hessen ausgegangen werden, als sich dies aus jenen Daten ableiten ließe.

2. Meldungen beim Aktionsprogramm „Hessen gegen Hetze“

Am 16. Januar 2020 startete die Hessische Landesregierung das Aktionsprogramm „Hessen gegen Hetze“, um Rechtsextremismus, Gewalt und Hass im Internet verstärkt entgegenzutreten. Bis zum 14. August 2020 sind bei der zuständigen Stelle insgesamt 1.894 Meldungen eingegangen. 1.646 dieser Meldungen wurden einer standardisierten Erstbewertung unterzogen, von denen 848 als Hasskommentare bewertet wurden. Das Delta zu den Gesamtmeldungen betrifft allgemeine Fragen, Anmerkungen oder auch Doppelmeldungen. 499 dieser Hasskommentare wurden nach der ersten Bewertung als strafrechtlich relevant bewertet, 308 als extremistisch und 26 als potenzielle Gefährdungssachverhalte eingestuft, die dann unmittelbar dem LKA übermittelt wurden. Es ist natürlich möglich, dass eine Meldung verschiedene Kategorien gleichzeitig erfüllt.⁹

3. Meldungen antisemitischer Vorfälle und Beratungsfälle

Die bereits erwähnte Dunkelziffer ist auch deshalb sehr hoch, weil eine große Zahl antisemitischer Vorkommnisse nicht gemeldet wird. Zum einen erscheinen persönliche Erlebnisse den Betroffenen oft nicht „meldenswert“, da sich in trauriger Weise Betroffene oft über die Jahre an ein Grundrauschen des Antisemitismus vor allem im Alltagsleben gewöhnt haben. Zum anderen sind vorhandene Instrumente zur Vereinfachung des Auf- und Anzeigens judenfeindlicher Taten nicht überall präsent bzw. auch noch im weiteren Ausbau und in der Vernetzung begriffen.

⁹ Angaben entnommen der Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Gewalt gegen die hessische Zivilgesellschaft - Anhörung zu Ursachen, Entwicklungen und Maßnahmen gegen Bedrohung, Hass und Übergriffe“ am 27.8.2020 des Haupt- und Innenausschuss des Hessischen Landtags, <http://starweb.hessen.de/cache/KB/20/INA/INA-KB-028.pdf> (abgerufen 8.10.2020), S. 44

Gerade in dem Bereich der nicht strafrechtsrelevanten Vorkommnisse leisten die Meldestellen und das Beratungsnetzwerk eine wichtige Arbeit, da sie auch diese Fälle dokumentieren und den Antisemitismus als Gegenstand der Bildungs-, Präventions- und Beratungsarbeit thematisieren und auch dort in den Blick auf die verschiedenen menschenfeindlichen Ideologien richten.

Vor diesem Hintergrund hat das Demokratiezentrum Marburg, welches mit dem Aufbau der hessenweiten Meldestelle betraut ist, nachfolgende Einschätzung für den Bericht übermittelt. „Demnach sind antisemitische Äußerungen, seien es Beleidigungen, NS-Verherrlichung oder Relativierungen, pejorative Verwendungen des Wortes „Jude“ und das Teilen von Bildern in WhatsApp Chats Phänomene, denen man häufig in der Schule begegnet, weswegen sowohl betroffene Schüler*innen und ihre Angehörigen Beratung suchen, aber auch Lehrer*innen, die zu diesem Thema Handlungssicherheit erlangen wollen. Obschon Präventionsfälle unabhängig von konkreten Anlässen durchgeführt werden, zeigt sich in unserer Auswertung der Beratungsfälle der Jahre 2019-2020, dass die Schule auch nach Corona ein wichtiges Handlungsfeld bleiben wird.“¹⁰

	Fälle mit Antisemitismusbezug (gesamt)	davon: Beratung	davon: Prävention/Bildung
2020	20	18	2
2019	39	27	12

In den Jahren 2007 bis 2017 wurde das Beratungsnetzwerk Hessen in insgesamt 608 Fällen angefragt, allerdings nur in vierundzwanzig Fällen mit einem antisemitischen Hintergrund; Schulen (10) und Einzelpersonen bzw. Betroffene (6) waren dabei die Hauptzielgruppen der Beratung. Darüber hinaus wurden in zwei Fällen Träger der Jugendhilfe und in je einem Fall Vereine, Parteien, Träger der außerschulischen Bildung, Familien, Kommunen und Kirchen beraten. Mit Blick auf die Jahre 2018 und 2019 kann jedoch ein deutlicher Anstieg der Beratungsfälle im Kontext Antisemitismus verzeichnet werden. So wurden 2018 24 Beratungen durchgeführt. Eine Steige-

¹⁰ Antisemitismus als Gegenstand in der Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen. Auswertung der Bildungs- und Beratungsarbeit 2019-2020 übermittelt von Dr. Reiner Becker an R1 (Stk) am 4.11.2020

rung auf 27 Beratungen ist mit Blick auf das Jahr 2019 zu erkennen. 2020 wurden in 18 Fällen eine Beratung durchgeführt.¹¹

„2020 haben die Fälle und Anfragen hinsichtlich rechtsextremer und rechtsaffiner Verschwörungstheorien zugenommen. Dass das Genre der „Verschwörungstheorie“ oft mit antisemitischen und/oder rassistischen Tropen arbeitet ist keine Neuheit, hat aber vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie weiter Auftrieb erhalten, der im Gegensatz zu den Jahren zuvor deutlich aus den vorgelegten Zahlen abzulesen ist. Auf sogenannten „Hygienesemos“, von denen einige Beratungsnehmer*innen berichten, werden zudem offen Holocaustvergleiche gezogen. Nicht selten sind die Akteure, die auf diesen Demos wie beispielsweise in Berlin oder Halle Reden halten, bekannte Rechtsextreme. Auch in Hessen sind dem Beratungsnetzwerk solche Fälle bekannt und werden u.a. im jährlich erscheinenden Monitoringbericht dokumentiert und veröffentlicht.“ Dieser Entwicklung gilt es nachdrücklich entgegenzusteuern und Präventionsangebote zu verstärken.¹²

¹¹ Vgl. Ebenda.

¹² Vgl. Ebenda, S. 2.

3. Bestandsaufnahme von Projekten und Maßnahmen

In Hessen gibt es eine große Bandbreite von Programmen, Projekten und Maßnahmen sowie Institutionen, die sich den Themenkomplexen jüdische Gesichte und Antisemitismus, aber auch Nationalsozialismus, Erinnerungsarbeit und Demokratieerziehung bzw. Vorurteilsforschung widmen, da thematische Überschneidungen und Anknüpfungspunkte in vielfacher Hinsicht gegeben sind. Eine Vielzahl wird durch die hessische Landesregierung seitens der zuständigen Ressorts immateriell und materiell unterstützt.

Um die zentrale Aufgabe, die bestehenden Aktivitäten der Landesregierung gegen Antisemitismus zu verstärken und zu vernetzen, realisieren zu können wurde eine Bestandsaufnahme der laufenden bzw. im Berichtszeitraum abgeschlossenen Projekte und Programme vorgenommen. Die Rückmeldungen aus den Ministerien verdeutlichen, dass in Hessen ein breites Projekt- und Programmangebot besteht und es Ziel sein muss, diese stärker in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um damit die Erfolge zu verstetigen. Dazu bedarf es der Vernetzung der Akteure und der Gewinnung von Multiplikatoren, die themen- und ressortübergreifenden Programme und Projekte zusammenführen und weiterentwickeln. Bevor exemplarisch einige Maßnahmen vorgestellt werden, um die Bandbreite zu skizzieren sollen zuvor die Eckpunkte der Bestandsaufnahme benannt werden:

Für das Innenministerium (HMdIS) wurden zehn Projekte übermittelt, die dem Themenschwerpunkt Antisemitismusprävention und 2 Projekte, bei denen die Antisemitismusprävention einen Teilaspekt der Präventionsarbeit darstellt und die dem Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ zuzurechnen sind. Darüber hinaus werden im Rahmen des Medienpakts „Radikal“ in Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium themenübergreifende Broschüren erstellt. Im Bereich des Verfassungsschutzes ist die Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (PAAF) angesiedelt, die sowohl wissenschaftliche Forschungen vornimmt als auch Begegnungen organisiert und Vorträge zum Thema Antisemitismus anbietet.

Das Finanzministerium (HMdF) beteiligt sich im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung an einem Projekt für Auszubildende der Steuerverwaltung mit der Bildungsstätte Anne Frank.

Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) fördert mehrere Publikationsprojekte wie z.B. zur Jüdischen Geschichte in Hessen sowie zur NS-Diktatur in Hessen. Damit verbunden ist auch die Förderung der Digitalisierung der Forschungsergebnisse. Ferner zu nennen sind die Projektförderungen im Rahmen der NS-Aufarbeitung und Sicherung der historischen Unterlagen in den hessischen Archiven. Für diese Themengebiete werden sieben Programme bzw. Projekte sowie die zentrale Stelle der Provenienzforschung in Hessen gefördert. Zudem erfolgten im Rahmen der institutionellen Förderung Zuweisungen für das Jüdische Museum Frankfurt und Projektförderungen für das zuvor benannte Museum und die Bildungsstätte. Das Jüdische Museum Frankfurt hat sich aufgrund seiner vielfältigen Aktivitäten und seiner überregionalen fachlichen Beratung zu einem Kompetenzzentrum für jüdisches Leben und jüdische Kultur in ganz Hessen und darüber hinaus entwickelt.

Das Hessische Kultusministerium (HKM) übermittelte 17 Maßnahmen, die gefördert werden, dazu zählt jedoch auch die finanzielle Förderung der jüdischen Gemeinde, die Unterstützung des Zentralrats der Juden in Deutschland und die institutionelle Förderung des Fritz-Bauer-Instituts in Verbindung mit dem Jüdischen Museum. Vier Maßnahmenpakete wurden von der Lehrkräfteakademie übermittelt.

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hat in dieser Zielsetzung einen Integrationsvertrag mit der Bildungsstätte Anne Frank (BAF) zum Thema „Antisemitismus und Rassismus in der Migrationsgesellschaft“ abgeschlossen. Es geht mit dem Integrationsvertrag einen wichtigen Schritt, um zum einen die Ausgrenzungserfahrungen von muslimischen Jugendlichen zu berücksichtigen und gleichzeitig deren antisemitische Vorurteile, die oft mit einer Israelkritik vermischt werden, aufzugreifen. So hat das Innenministerium gemeinsam mit der Bildungsstätte Anne Frank und weiteren Partner auch die Konferenz „You'll never walk alone – Strategien gegen Antisemitismus“ veranstaltet. Antisemitismus im Fußball und insbesondere in der Fanszene ist alles andere als ein Nischenthema: Vom offenen Judenhass bis

zum codierten Ressentiment – im Fußball zeigen sich aktuelle Formen von Antisemitismus im Prinzip wie unter einem Brennglas. Diese Veranstaltungsform soll u.a. dazu beitragen, Sportlerinnen und Sportler darin zu bestärken, antisemitische Äußerungen zu erkennen und ihnen entgegentreten zu können.

Seitens der Justizministeriums (HMdJ) wurden acht laufende Maßnahmen benannt, die sich den Themenkomplexen widmen. Dazu zählt beispielsweise die Einsetzung einer Antisemitismusbeauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main im Frühjahr 2020. Dies verdeutlicht, dass die hessischen Staatsanwaltschaften ihren Auftrag ernst und umfassend wahrnehmen. So werden die Ermittlungsverfahren wegen antisemitisch motivierter Straftaten in Hessen durch spezialisierte und sensibilisierte Staatsanwälte geführt. Mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) geht die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt unter anderem gegen Hasskriminalität im Internet vor.

Exemplarische Benennung von Programmen und Projekten

Unter der Verantwortung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) wurde bereits 2013 das "Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus" (HKE) eingerichtet. Es hat zum Ziel, die landesweiten Bemühungen zur Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen zu koordinieren und zu vernetzen. In seinem Engagement gegen Antisemitismus unterstützt und fördert das HKE im Rahmen des Landesprogramms „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ unterschiedliche Maßnahmen und Projekte von denen hier beispielhaft einige aufgeführt seien:

1. Das Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg ist Fach- und Geschäftsstelle des „beratungsNetzwerks hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Es koordiniert seit 2007 Beratungs- und Präventionsangebote für Schulen, Vereine, Kommunen oder für Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Es bietet eine schnelle und fundierte Beratungshilfe an, um Konflikte mit einem rechtsextremen, antisemitischen, rassisti-

schen oder menschenfeindlichen Hintergrund angemessen bewältigen zu können.

2. Förderung des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, OFEK Hessen. OFEK Hessen zielt vor allem darauf ab, jüdische Gemeinden in Hessen in ihrem Umgang mit Antisemitismus und Diskriminierung wirksam und nachhaltig darin zu unterstützen, beratende und stärkende Angebotsstrukturen in ihren Strukturen anzubieten und zu verstetigen. Weiterhin will OFEK Hessen zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowie Fach- und Führungskräfte auf der Landes- und kommunalen Ebene vernetzen und qualifizieren und informiert über die neuen Möglichkeiten und Angebote, tritt mit potenziellen Partnern in Kontakt und erhöht durch gezielte Ansprachen, Fachgespräche sowie digitalisierte Präsenz, die Wahrnehmbarkeit des aktuellen Antisemitismus sowie der Unterstützung durch Bildung und Beratung. Es konzipiert und etabliert unter Berücksichtigung der erhobenen Bedarfe zielgruppenspezifische Angebote, die in die jüdischen Gemeindestrukturen vor Ort nachhaltig hineinwirken und strukturbildend sind. Bei allen Maßnahmen sind jüdische und nicht jüdische Akteurinnen und Akteure gleichermaßen eingebunden.

3. „KOMPAS – Kompetenznetzwerk Antisemitismus. Analyse. Information. Bildung. Beratung.“ im Zusammenwirken mit der Bildungsstätte Anne-Frank
KOMPAS verfolgt das Ziel, eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit aktuellen Formen des Antisemitismus (AS) zu fördern und die Antisemitismusbekämpfung als eine Aufgabe in der Gesamtgesellschaft zu etablieren. Dabei sollen im Austausch von Wissenschaft und Praxis Strategien und Methoden der Bildungsarbeit zum Umgang mit spezifischen Formen von AS entwickelt und bundesweit jedoch in Kooperation mit regionalen Akteuren implementiert werden. Für die BAF sind folgende Aspekte relevant, die in der Umsetzung in Hessen strategische Ziele sind:
 - (1) Verzahnung von Wissenschaft und Praxis im Bereich AS

- (2) Vernetzung von Akteuren aus Staat und Zivilgesellschaft in der AS Bekämpfung,
- (3) Qualifizierung von Multiplikatoren und Pädagoginnen und Pädagogen im Umgang mit AS
- (4) Schaffung von Räumen für Selbstreflexion und Auseinandersetzung mit eigenen antisemitischen Vorurteilen und Stereotypen
- (5) Entwicklung und Veröffentlichung von praxisbezogenen Handreichungen und Materialien zum Umgang mit aktuellen Formen von AS
- (6) Unterstützung von Akteuren in der Antidiskriminierungsarbeit und AS Bekämpfung
- (7) Sensibilisierung für Antisemitismus im Netz: antisemitische Hate Speech usw. und Entwicklung von Gegenstrategien/Umgangsweisen.

Hauptzielgruppe: Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft. Darunter zählen u.a. Fachkräfte in der außerschulischen Bildungsarbeit, ehren- und hauptamtlich Tätige in der Kinder- und Jugendhilfe, Akteurinnen und Akteure aus der Stadtteilarbeit, Einrichtungen der Beratungs- und Bildungsarbeit, Projektteams von Modellprojekten und andere Projekten in Bundesprogrammen wie "Demokratie leben!" sowie "Zusammenhalt durch Teilhabe", staatliche Akteure (z.B. mit Ämtern in Kommunen, Landkreisen sowie Ministerien aus Bundesländern)

Weitere Zielgruppen: Jugendliche und junge Erwachsene (z.B. aus Schulen oder der offenen Kinder- und Jugendarbeit), Internetnutzerinnen und -nutzer sowie die interessierte Öffentlichkeit.

4. NDC-Projekt zum Thema Antisemitismus, Verschwörungstheorien und eigene Verantwortung

Das Projekt setzt Bildungsangebote im Bereich Antisemitismus für Jugendliche ab der 9. Klasse um. Es geht darum, Jugendliche für das Thema zu sensibilisieren, über die verschiedenen Ebenen und Erscheinungsformen von Antisemitismus aufzuklären und zum couragierten Handeln gegen antisemitische Diskriminierung zu ermutigen. Das Projekt ist Teil des bereits bestehenden

Netzwerks für Demokratie und Courage (NDC). Neben Jugendlichen in ganz Hessen ab der 9. Klasse sind auch Schulklassen, Jugendgruppen in Jugendzentren oder Jugendverbänden, FSJ-Gruppen oder Gruppen von Schülerinnen und Schüler während Projektwochen Hauptzielgruppe. Weitere Zielgruppe sind die Teamer, da neben der Umsetzung von Bildungsveranstaltungen auch die Ausbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eine zentrale Rolle im Projekt spielt.

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat in Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium und der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien den Schulungs- und Lehrfilm „RADIKAL“ herausgegeben. Der Film ist für die Präventionsarbeit mit jungen Menschen (etwa ab 14 Jahren) geeignet und spricht sie auf Augenhöhe an. Es werden Radikalisierungsprozesse in den Phänomenbereichen „Linksextremismus“, „Rechtsextremismus“ und „Islamismus/Salafismus“ nachgezeichnet und zahlreiche Anknüpfungspunkte angeboten, die zu einem besseren Verständnis von Radikalisierungsprozessen beitragen sowie die eigenständige Meinungsbildung und Argumentationsfähigkeit fördern.

Ein weiteres Projekt in Kooperation von Kultus- und Innenministerium sind Netzwerk-Lotsen. Als solche werden hessenweit Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulsozialarbeiter sowie Schulpsychologen pädagogisch geschult. Sie sollen schon bei Anzeichen von Antisemitismus und Extremismus schnelle, passgenaue und zeitnahe Hilfestellungen vermitteln können. Mit dem Aufbau von Netzwerk-Lotsen ist die Grundlage für eine zukunftsorientierte Regionalisierung der Präventionsarbeit der hessischen Schullandschaft geschaffen. Die Lotsen sollen bei Fragen und Konfliktfällen im Kontext extremistisch motivierten Verhaltens als unmittelbare Ansprechpartner agieren und Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Elternbeiräte kompetent über bestehende Hilfsangebote beraten.

Die Hessische Landesregierung hat zudem in ihrem Regierungsprogramm den Abschluss von Integrationsverträgen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren festgehalten und gerade beim Engagement gegen Antisemitismus zwischenzeitlich wichtige Impulse gesetzt.

Unter der Regie des Hessischen Kultusministeriums finden zahlreiche Programme und Projekte gegen Antisemitismus und für ein friedliches Miteinander statt, um frühzeitig Präventions- und Vermittlungsarbeit zu leisten. Gleichzeitig wurden in den zurückliegenden Jahren neben den Präventionsmaßnahmen auch die Instrumente zur Verfolgung und Dokumentation von Antisemitismus geschärft und damit auch für Betroffene die Möglichkeiten verbessert, eigene Erlebnisse, Beleidigungen oder Tätlichkeiten melden zu können. Alle Schulen müssen nach einem Erlass von 2018 gemäß §23 der Dienstordnung antisemitische Vorfälle der für ihre Schule zuständigen Schulaufsicht melden, sodass jedem Einzelfall gezielt nachgegangen werden kann.

Mit dem Projekt „Antisemitismusprävention an hessischen Schulen“ hat das Hessische Kultusministerium und die Bildungsstätte Anne Frank ein Präventions-, Interventions- und Beratungsprogramm gestartet, das Jugendliche für die Gefahren von Antisemitismus sensibilisieren, bei Konfliktfällen Hilfe anbieten und Lehrkräfte bei der Antisemitismus-Prävention in Schule und Unterricht unterstützen soll.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist ein weiteres Projekt für alle Schulmitglieder. Es bietet Schülerinnen und Schülern sowie Pädagoginnen und Pädagogen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, und zwar, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden.

Um gerade auch den Lehrerinnen und Lehrern die notwendigen Instrumente zur Antisemitismus-Prävention und zum Umgang mit judenfeindlichen Vorkommnissen an die Hand zu geben, setzt die Hessische Landesregierung auch zunehmend auf den Ausbau dieser Themen in der Lehrerbildung und -fortbildung, so etwa auch an der Hessischen Lehrkräfteakademie oder im Zusammenwirken mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, mit dem auf der Ebene der Kultusministerkonferenz eine Empfehlung für Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit Antisemitismus entwickelt wird.

Antisemitismus fußt häufig auch auf einer völligen Unkenntnis gegenüber jüdischem Leben, sodass vielfach Vorurteile und Klischees die Bilder in den Köpfen der Men-

schen bestimmen. Daher sind Programme, die in besonderer Weise die Vermittlung jüdischen Lebens zum Ziel haben, gerade unter Präventionsgesichtspunkten besonders wichtig. Beispielhaft sei hier das Projekt „Meet a Jew“ des Zentralrats der Juden genannt, das 2020 aus dem Zusammenschluss der erfolgreichen jüdischen Projekte „Rent a Jew“ und „Likrat – Jugend & Dialog“ hervorgegangen ist. Dieses, wie auch das vom Landesbeauftragten in Hessen konzipierte Projekt „Meet a Rabbi“, das im nächsten Kapitel noch einmal gesondert vorgestellt wird, zielen auf die Begegnung zwischen Nichtjuden und Juden ab, den persönlichen Austausch, um das aktuelle jüdische Leben durch in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden kennen zu lernen.

4. Themenschwerpunkte

1. Einrichtung einer hessenweiten Meldestelle

Am 20. Dezember 2019 wurde seitens des Innenministers und des Beauftragten der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus die Entscheidung veröffentlicht, das Demokratiezentrum Hessen an der Universität Marburg mit dem Aufbau einer Meldestelle für antijüdische und antisemitische Vorfälle zu beauftragen. Das Demokratiezentrum an der Universität Marburg ist seit vielen Jahren aktiv im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Salafismus. Seit 2007 berät es Hilfesuchende, Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen, Vereine, Gewalt- und Diskriminierungsopfer und bietet umfangreiche Präventionsmaßnahmen an. Somit wurde ein erfahrener und professionell arbeitender Partner für diese Arbeit gewonnen.

Es war dabei auch ein Anliegen der jüdischen Gemeinden in Hessen wie des Landes, die Meldestelle nicht selbst bei jüdischen Organisationen anzusiedeln. Auf diese Weise wird unterstrichen, dass der Kampf gegen den Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur eine der Jüdischen Gemeinschaft ist, die selbst Ziel und Opfer von Judenhass sein kann. Jedoch wurde im Vorfeld auch der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen mit in die Vergabe der Meldestelle einbezogen.

Bereits 2017 hat der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus den Ausbau und die Förderung von Melde- und Informationsstellen zur Erfassung von antisemitischen Übergriffen, Vorfällen oder Straftaten auch in den Bundesländern empfohlen.¹³ Mit der Realisierung einer hessenweiten Meldestelle wird diesem Anliegen entsprochen.

Ziel ist es, über die Polizeistatistiken hinaus ein möglichst komplettes Bild von der Art und dem Umfang von Antisemitismus in Hessen zu erhalten, um daraus auch weitere

¹³ Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (Hg.), Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Berlin 2017. Online unter: https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=2, abgerufen 9.2.2021, S. 267f. sowie Zentrale Forderungen des Expertenkreises unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/503208/a2f699360ed54bc3c840c54d2471df35/antisemitismusbericht_forderungen-data.pdf

Maßnahmen und Instrumente beim Engagement gegen Judenfeindlichkeit ableiten zu können. Mit diesem Angebot wird eine zentrale Anlaufstelle für ganz Hessen, bei der Jüdinnen und Juden aber auch nichtjüdische Hessinnen und Hessen antisemitische Vorfälle melden können, die ihnen selbst widerfahren sind oder die sie beobachtet haben. Es soll den Menschen, denen Judenfeindlichkeit begegnet eine niedrigschwellige Möglichkeit geben, diese zu melden und auch Rat und Hilfestellung anbieten, wenn sie unsicher sind, ob konkrete Vorfälle für polizeiliche Meldungen überhaupt geeignet sind. Dabei sollte festgehalten werden: Jeder antisemitische Vorfall, gleich welchen Umfang er hat, ist einer zu viel. Daher sollen die Menschen in Hessen wissen, dass sie sich nicht nur melden können, sondern sich auch melden sollten, wenn es zu judenfeindlichen oder antisemitischen Vorfällen kommt.

Darüber hinaus wird die Meldestelle verknüpft mit der Beratungs- und Betreuungsarbeit weiterer Träger, die im Rahmen der Netzwerkarbeit zusammenarbeiten und bestehende bekannte Strukturen erhalten. Deshalb soll nach der Einrichtung der landesweiten Meldestelle eine unabhängige Trägerstruktur fortentwickelt werden, um möglichst viele Akteure für das Engagement gegen Judenfeindlichkeit vernetzen- und einbinden zu können.

Neben dieser neu errichteten Meldestelle gibt es in Hessen, aber auch bundesweit bereits mehrere Meldestellen und Institutionen, die Meldungen über antisemitische Vorfälle entgegennehmen. Dazu gehören auch Meldestellen, die nicht primär auf antisemitische Vorfälle ausgerichtet, sondern Diskriminierungserfahrungen/-vorfälle aus verschiedensten Gründen aufnehmen. Exemplarisch zu nennen sind:

- Hassmelden.de - Meldesystem für Online-Hetze
- HESSEN SCHAUT HIN - Hessenschauthin.de ist ein Angebot der Bildungsstätte Anne Frank e.V. und eine Initiative der Beratungsstelle response.
- response. Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt
- ADiBe Netzwerk Hessen
- Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen - c/o Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen

- Beratungsnetzwerk Hessen - gemeinsam für Demokratie und gegen Rechts-extremismus i.V.m. Demokratiezentrum Hessen, welches als Geschäftsstelle fungiert

2. Übernahme der IHRA-Definition

Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) hat im Mai 2016 in Bukarest nachfolgende nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antisemitismus angenommen und bekräftigt: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten wurde die Definition um Erläuterungen und Beispiele ergänzt, die der Veranschaulichung dienen sollen. Dabei wird u.a. explizit auf die Kritik an Israel und den antiisraelischen Antisemitismus eingegangen. Die Arbeitsdefinition wurde seither von 34 von Ländern und Regierungsstellen übernommen. Sie entfaltet keine rechtliche Bindungskraft, jedoch hat sie einen starken symbolischen Charakter und kann zur einheitlichen Bewertung und Bekämpfung des Antisemitismus beitragen.

Vor diesem Hintergrund beschloss die Bundesregierung im September 2017, sich der internationalen Definition von Antisemitismus der IHRA anzuschließen. Die Landesregierung des Freistaates Bayern nahm die Arbeitsdefinition der IHRA mit Kabinettsbeschluss vom 7. Mai 2019 an. Es ist in diesem Zusammenhang jedoch darauf hinzuweisen, dass die Bundesregierung und die Bayerische Landesregierung mit der Aufnahme des letzten Satzes zur Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus über die von der IHRA konsenterte Fassung hinausgehen. Die hier verabschiedete Arbeitsdefinition ergänzt die Kerndefinition um einen Satz aus den Erläuterungen der IHRA-Definition. Die Bundesregierung betont, dass sie aus historischer Verantwortung heraus, den israelbezogenen Antisemitismus bewusst in die Definition aufnimmt.

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus

kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Das Hessische Kabinett beschloss am 28. September 2020 die Übernahme der Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance in das Regierungshandeln. Die Annahme der IHRA-Definition ist ein wichtiges Signal im Engagement für jüdisches Leben in Hessen und hilft dabei, den Antisemitismus im Alltag klarer erkennen und analysieren zu können. Sie ist eine Arbeitsgrundlage dafür, um die Strategien, Maßnahmen und Instrumente im Engagement gegen Antisemitismus daran auszurichten, weiterzuentwickeln und entsprechend aufzusetzen.

So wie die Bundesregierung geht auch Hessen über die klassische IHRA-Definition hinaus, um auch dem israelbezogenen Judenhass konsequent entgegenzutreten zu können. Dabei sollen perspektivisch in weiteren Schritten über die Hessische Landesregierung hinaus die nachgeordneten Landesbehörden und Dienststellen sowie auch die Hessischen Kommunen, ihre Spitzenverbände sowie zahlreiche Organisationen, Verbände und Institutionen in den Bereichen von Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft diese Arbeitsdefinition übernehmen.

Ein erster Schritt erfolgte mit der Übernahme der IHRA-Definition durch den Bundesligaverein Eintracht Frankfurt am 27. Januar 2021. Weitere Gespräche und Kontaktaufnahmen mit den kommunalen Spitzenverbänden, Gewerkschaft, Kultureinrichtungen und Sportverbänden sollen dazu beitragen, sich der Definition ebenfalls anzunehmen und den Kampf gegen Antisemitismus zu unterstützen.

3. Sicherheit der jüdischen Einrichtungen

Für den unmittelbaren Schutz jüdischer Einrichtungen in Hessen besteht seit vielen Jahren ein enger Austausch zwischen der Hessischen Polizei und den Jüdischen Gemeinden. So werden an jüdischen Einrichtungen immer an die aktuelle Gefährdungslagebewertung angepasste, offene und verdeckte polizeiliche Schutzmaßnahmen durchgeführt. Die Polizei hat landesweit über 400 jüdische Einrichtungen im Rahmen des Objektschutzes erfasst. Hierzu gehören Synagogen, Gemeindehäuser,

Schulen, Kindergärten sowie Friedhöfe und Gedenkstätten, die ob ihres unterschiedlichen Grades der Nutzung entsprechend angepassten Schutz erfahren.

Der bisher bereits hohe Grad an baulichen und sonstigen Schutzmaßnahmen wurde nach dem Anschlag von Halle im Oktober 2019 in den kommenden Monaten noch weiter erhöht. Die vom Hessischen Landtag zum Haushalt 2020 zur Verfügung gestellten 5,5 Millionen Euro sollen mit 1,5 Millionen Euro der personellen Bewachung jüdischer Einrichtungen mit zusätzlich 30 Wachpolizisten zugutekommen und mit 4 Millionen Euro der Schaffung zusätzlicher Schutzmaßnahmen an Gebäuden und Einrichtungen. Diese wichtigen Maßnahmen, die in enger Kooperation mit dem Landesverband Jüdischer Gemeinden geplant und durchgeführt werden, sind wichtige Schritte, die in den kommenden Jahren noch weiter fortgeführt werden müssen.

4. Meet a Rabbi

Gemeinsam mit den Frankfurter Rabbinern Avichai Apel und Julian-Chaim Soussan startete der Beauftragte der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus das Projekt „Meet a Rabbi“. Ziel ist es, Schulen in Hessen zu animieren, Rabbiner einzuladen, um mit ihnen über das Judentum und dessen Traditionen zu sprechen und somit das moderne jüdische Leben in Hessen kennenzulernen. Die Auseinandersetzung mit dem Judentum soll nicht nur über die Vermittlung von Wissen oder Erzählungen erfolgen, sondern durch die Begegnung mit jüdischen Menschen aus und in Hessen und durch die Vermittlung von Berührungspunkten mit jüdischem Leben immer an bestimmten Ort des Landes Hessen. Der heute vielfach fehlende Bezug oder die mangelnden Möglichkeiten, jüdisches Leben näher kennenzulernen, führt vielfach zur Entstehung falscher Bilder oder einseitiger Vorurteile. Damit diese nicht aufkommen oder gar zu eigenen Urteilen werden können, ist das Wissen über andere Religionen, deren Traditionen und Bräuche und die verbindenden Elemente zwischen den einzelnen Glaubensrichtungen von unschätzbarem Wert. Die Vermittlung der vielen Facetten und Traditionen jüdischen Lebens in unserer Gesellschaft ist daher wichtig und notwendig: Es soll mit den Jüdinnen und Juden über ihren Glauben gesprochen werden, anstatt nur über sie. Das Projekt ‚Meet a Rabbi‘ soll dementsprechend Nähe und Verständnis schaffen, Informationsmöglichkeiten bieten und somit die Neugier wecken und wichtige Brücken bauen. Mit diesen Erfahrungen und dem persönlichen Austausch können weitere

Perspektiven der Begegnung mit jüdischem Leben geschaffen werden. Zudem gibt die Zusammenkunft mit den Rabbinern auch die Möglichkeit, offene Fragen anzusprechen, Vorurteile zu hinterfragen und die eigene Position zu überdenken. Daher ist es notwendig, für diese Begegnungen junge Menschen und daher Schülerinnen und Schüler der hessischen Schulen anzusprechen.

Schulen, die am Projekt „Meet a Rabbi“ teilnehmen und einen Rabbiner in ihre Schule einladen wollen können sich an das Büro von Herrn Becker in der Staatskanzlei wenden. Bisher haben 12 Schulen ihr Interesse bekundet. Zudem haben sich mehrere Journalisten gemeldet, die gerne das Projekt begleiten und darüber berichten wollen. Das angesetzte erste Treffen mit den verantwortlichen Lehrkräften der Schulen und den Rabbinern wurde für Ende März 2020 anberaumt, musste jedoch pandemiebedingt entfallen. Der Kontakt zu den Schulen besteht fort, so dass das Projekt nach Rückkehr zum Regelunterricht noch einmal neu aufgesetzt werden soll.

5. Vernetzung und Kooperation

Ein wichtiger Aspekt der Tätigkeit des Beauftragten der Landesregierung liegt in der Kontaktpflege und der Vernetzung. Der regelmäßige und intensive Austausch mit den jüdischen Gemeinden in Hessen und den Verbänden des jüdischen Lebens ist dabei genauso wichtig wie persönliche Besuche und Begegnungen, Vorträge zum Thema „Antisemitismus“, die Teilnahme an Diskussions- und Gedenkveranstaltungen. Der Beauftragte fungiert ferner vielfach als Ansprechpartner für zahlreiche individuelle Fragen und Problemlagen. Darüber hinaus hat er sich seit Herbst 2019 mehrfach aktiv in den Prozess der Verhandlungen für die Sicherheit der jüdischen Einrichtungen eingeschaltet. Dabei waren und sind der enge Kontakt mit dem Landesverband, aber auch mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Hessischen Innenministerium wichtig.

Der Beauftragte unterstützt und vernetzt zudem Einrichtungen und Initiativen der Landesregierung und steht daher auch in Kontakt mit Bildungsträgern wie der Bildungsstätte Anne Frank, der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland oder dem Sarah-Nussbaum-Zentrum, zu anderen Religionsgemeinschaften und Kirchen sowie zu Multiplikatoren und Initiatoren von Projekten, die sich dem Jüdischen Leben, dem Kampf gegen Antisemitismus oder der Erinnerungskultur widmen. In diesem Zusammenhang informiert sich der Beauftragte über die jeweiligen Projekte und Initiativen und steht als Mittler zu den Zielgruppen zur Verfügung, um die Zusammenarbeit zu stärken. Darüber hinaus ist es ihm ein wichtiges Anliegen mit jungen Menschen insbesondere Schülerinnen und Schülern in Kontakt zu treten, um im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen und Gesprächen über die zentralen Themen zu sprechen und in den Austausch zu treten. Aus diesem Grunde fanden zahlreiche Schulbesuche in ganz Hessen statt und wurde auch das Projekt „Meet a Rabbi“ ins Leben gerufen.

Im Rahmen der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit fanden mehrere Gespräche mit Parteien und Landesarbeitskreisen statt. Mehrmals jährlich finden Gespräche mit den verschiedenen Ministerien der Hessischen Landesregierung, aber auch mit zugeordneten Behörden wie der Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt am Main, dem Landesamt für Verfassungsschutz wie auch ande-

ren staatlichen Stellen statt. Darüber hinaus nahm der Landesbeauftragte an der Anhörung des Hessischen Landtags „Gewalt gegen die hessische Zivilgesellschaft – Anhörung zu Ursachen, Entwicklungen und Maßnahmen gegen Bedrohung, Hass und Übergriffe“ im 27. August 2020 teil.¹⁴

Er hält Kontakt zu den Antisemitismusbeauftragten anderer Bundesländer und der Bundesregierung. In diesem Rahmen setzt er auf den Dialog mit seinen Amtskolleginnen und Amtskollegen und nimmt an den Konferenzen der „Gemeinsamen Bundesländer-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens“ (BLK) teil. Die Einrichtung einer solchen Kommission wurde vom Unabhängigen Expertenkreis empfohlen und hat am 18. September 2019 ihre Arbeit aufgenommen. Das Gremium steht unter dem gemeinsamen Vorsitz von Dr. Felix Klein und einer oder einem jeweils wechselnden Co-Vorsitzenden des Bundeslandes, das den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz führt. An den Treffen nehmen sowohl der Beauftragte der hessischen Landesregierung als auch die zuständigen Mitarbeiter der Staatskanzlei auf Arbeitsebene teil. Die Konferenzen der BLK tagen zumeist zu einem Themenschwerpunkt, so befasste man sich beispielsweise im Mai 2020 im Rahmen der Videokonferenz mit dem Thema antisemitischer Verschwörungstheorien, weil diese aus Anlass der weltweiten Corona-Pandemie derzeit insbesondere in digitalen Medien Verbreitung finden und an bereits bekannte antisemitische Stereotype anknüpfen.

Der Beauftragte ist schließlich auch auf internationaler Ebene gut vernetzt, was 2019 zu Terminen in Brüssel oder Israel, zur Teilnahme an internationalen Konferenzen und Veranstaltungen führte, wenngleich diese im Jahr 2020 ebenso wie auf nationaler Ebene pandemiebedingt im Rahmen von Videokonferenzen stattfinden mussten. Hervorzuheben sind hier insbesondere der Antrittsbesuch beim Israelischen Staatspräsident Reuven Rivlin, die Arbeitskonferenz der Europäischen Koordinatorin für den Kampf gegen Antisemitismus in Brüssel, die Panel-Teilnahme an der OSZE Konferenz zum Antisemitismus in Warschau. Wenn es darum geht, neue und bessere Instrumente im Kampf gegen den Antisemitismus zu entwickeln, so liegt ein entscheidendes Moment sicherlich in der internationalen Zusammenarbeit und Vernet-

¹⁴ Stellungnahme unter: <http://starweb.hessen.de/cache/AV/20/HAA/HAA-AV-007-T2.pdf>; Kurzbericht der Anhörung unter: <http://starweb.hessen.de/cache/KB/20/HAA/HAA-KB-009.pdf>

zung. Es ist daher ausdrücklich zu begrüßen, dass der Europäische Rat das Thema der Prävention und der Bekämpfung von Antisemitismus auf die europäische Agenda gebracht hat und durch die Ernennung einer Beauftragten auf europäischer Ebene diesem Thema erhöhte Aufmerksamkeit und Sensibilität widmet. Dies sollte im Sinne der Erklärung des Europäischen Rates auch einen kontinuierlichen Austausch mit der jüdischen Gemeinschaft auf europäischer Ebene umfassen, um das Sicherheitsbedürfnis jüdischer Menschen, aber auch nationale Sicherheitsmaßnahmen und Bewältigungsstrategien des Antisemitismus vergleichend in den Blick zu nehmen.

6. Ausblick und Handlungsempfehlungen

1. Vorbemerkung

Im Rahmen des Engagements gegen Antisemitismus sei abschließend auf das International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)-Handbuch der Europäischen Kommission verwiesen. Das in diesem Jahr veröffentlichte Handbuch zur IHRA-Definition stellt einen grundlegenden Versuch dar, Antisemitismus in all seinen Formen und Ausprägungen im Alltag klarer erkennen und analysieren zu können und wird staatlichen Organen wie auch zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei helfen, aktiv gegen alle Varianten und Erscheinungsformen der Judenfeindschaft vorzugehen. Das damit verbundene praxisorientierte Engagement der Europäischen Kommission ist außerordentlich zu begrüßen und stellt einen wichtigen und deutlichen Akzent der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union dar. Die bereits beschriebene offizielle Annahme der IHRA-Definition durch die Hessische Landesregierung Ende September 2020 gehört in diesen Kontext und stellt ein zusätzliches Signal dar. Das entsprechende Handbuch kann neben den europäischen Staaten und ihren Ländern und Regionen gerade auch Kommunen, deren Spitzenverbänden sowie die zahlreichen Organisationen, Verbände und Institutionen in Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft bei der Umsetzung der IHRA-Definition in ihrer Arbeit unterstützen.

2. Ausblick und Handlungsempfehlungen

- Die Vermittlung jüdischen Lebens über die einzelnen Epochen der deutschen und hessischen Geschichte in seiner ganzen Breite ist ein grundlegendes Anliegen unserer gegenwärtigen wie zukünftigen Anstrengungen, gegen jede Form von Antisemitismus nachhaltig vorzugehen. Durch das Aufzeigen von dessen substanziellem Beitrag für die Entwicklung unseres Landes über die zurückliegenden Jahrhunderte hinweg kann Jüdisches Leben als Teil der Identität unseres Landes den Menschen nähergebracht werden. Gerade in diesem Jahr erinnern wir in Hessen und Deutschland an 1700 Jahre Geschichte Jüdischen Lebens in unserem Land. Dies ermöglicht die große Chance, den kulturellen Beitrag des Judentums und

das Wirken jüdischer Familien gerade auch in Hessen aufzuzeigen und in die Vermittlungsarbeit für die Zukunft stärker aufzunehmen. Die zahlreichen kommunalen und regionalen Projekte und Programme gilt es zu unterstützen. Dazu zählt auch die Realisierung und Unterstützung von Projekten wie Forschungsarbeiten zur Geschichte der Juden in Hessen, des Landesprogramms zur Erhaltung schriftlichen Kulturguts in Hessen im Rahmen des Projekts Synagogengedenkbuch für Hessen.

- Das jüdische Leben in Deutschland und in Hessen muss nachhaltig gestärkt und sichtbarer gemacht werden. In unserer Gesellschaft sollen sich Jüdinnen und Juden ermutigt fühlen, ihren Glauben - wenn gewollt – auch öffentlich ohne Sorge zeigen zu können. Wenn ein jüdisches Mädchen sich heute nicht traut, ihren Davidstern als Anhänger an der eigenen Schmuckkette offen zu tragen, weil es Sorge davor hat, angepöbelt zu werden oder der jüdische Junge seine Kippa unter einer Baseballkappe verbirgt, weil er Sorge davor hat, angegriffen werden zu können, dann besteht in unserem Land faktisch keine Religionsfreiheit für jüdisches Leben, zumindest nicht im öffentlichen Raum. Dieser Zustand darf uns nicht gleichgültig sein, sondern ist Auftrag zum Handeln. Daher sollten Strategien und Maßnahmen zur Ermutigung gerade auch junger Jüdinnen und Juden entwickelt werden, um den selbstbewussten und offenen Umgang mit der eigenen Religion im öffentlichen Raum zu fördern und zu stärken.
- Antisemitische Einstellungen haben ihre Ursachen vielfach in einer völligen Unkenntnis gegenüber dem jüdischen Leben, in zahlreichen Fällen bestimmten und bestimmen Vorurteile, festgefügte Bilder und Klischees sowie mythische oder verschwörungstheoretische Denk- und Handlungsweisen der Menschen. Daher sind Programme, die in besonderer Weise die Vermittlung jüdischen Lebens zum Ziel haben, gerade unter Präventionsgesichtspunkten besonders wichtig. Daher soll das Projekt „Meet a Rabbi“, welches auf die Begegnung zwischen Nichtjuden und Juden und den persönlichen Austausch abzielt, um das aktuelle jüdische Leben durch in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden kennen zu lernen, im neuen Schuljahr realisiert werden. Zusätzlich sollte mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Kampagnen (Plakataktionen, Broschüren) modernes und selbstbe-

wusstes Jüdisches Leben aufgezeigt und den Menschen in Hessen vermittelt werden.

- Wir müssen weitere Schritte zur Vermeidung, Bekämpfung und Sanktionierung von Bedrohung und Gewalt unternehmen, um die Maßnahmen in den Bereichen von Prävention und Repression fortzuführen und auszubauen. Dazu bedarf es der Verstärkung von Schutzmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen und der Fortführung der finanziellen Unterstützung in der erweiterten Höhe im Landeshaushalt. Es gilt zu prüfen, inwieweit jüdische Gemeinden, die als zusätzlich erforderliche Schutzmaßnahmen auch eigene personelle Aufwendungen betreiben, von diesen Kosten finanziell entlastet werden können.
- Schulen und Bildungseinrichtungen müssen neben der geltenden Verordnungslage darin gestärkt werden, antisemitische Vorkommnisse auch bei vermeintlich als gering betrachteter Bedeutung zu melden. Um Lehrkräfte und Schulleitungen beim Erkennen derartiger Vorkommnisse zu unterstützen, sind vorhandene Schulungs- und Informationsangebote an aktuelle Entwicklungen anzupassen. Die Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium gilt es fortzuführen.
- Gleichzeitig sind jüdische Schülerinnen und Schüler darin zu unterstützen und zu stärken, Erfahrungen, die ihnen selbst widerfahren, aktiv melden zu können und zu sollen.
- Die Meldemöglichkeit von antisemitischen Vorkommnissen muss auch künftig durch niedrigschwellige Angebote wie die Online-Plattform „Hessen gegen Hetze“ und die im Aufbau befindliche Meldestelle am Demokratiezentrum in Marburg sichergestellt werden und eng mit den Angeboten der Betreuung und Beratung mit Trägern wie der Bildungsstätte Anne Frank, OFEK Hessen und anderen erfahrenen Beratungsträgern vernetzt und bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Programme, die die Zivilcourage der Gesellschaft im Umgang mit Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung im Alltagsleben stärken, wirken ebenso auch präventiv in Bezug auf den Antisemitismus, auch wenn dessen Besonder-

heiten in spezifischer Weise Rechnung getragen werden muss. Umso mehr ist die Motivation, Judenfeindlichkeit im eigenen Umfeld entgegenzutreten, besonders wichtig. Dazu gehört es, das eigene Wort zu erheben, wenn etwa im eigenen Umfeld negativ über Juden gesprochen wird oder Judenwitze gemacht werden, das Einschreiten von Lehrkräften, von Schülern oder Betreuern, wenn auf dem Schulhof oder Sportplatz „Jude“ als Schimpfwort gebraucht wird oder Juden als „Mörder“ in Bezug auf den Nahostkonflikt diffamiert werden.

- Eine breite und nachhaltige Verständigung der gesamten Gesellschaft auf ein konsequentes Vorgehen gegen jegliche Form der Judenfeindlichkeit und des Antisemitismus sind wichtig und notwendig. Dies betrifft insbesondere jene Bereiche, in denen gesellschaftliche Gruppen in größerer Zahl zusammenkommen, gerade etwa auch im Sport. Die Übernahme der IHRA-Arbeitsdefinition durch politische und zivilgesellschaftliche Partner in allen Bereichen soll dazu beitragen, die Sensibilität zu stärken und ein gemeinsames Handeln gegen Antisemitismus in unserem Land zu verwirklichen.
- Jedes Engagement gegen den Rechtsextremismus ist auch ein Engagement gegen Judenfeindlichkeit. Daher sind die Programme des Landes Hessen gegen rechts, wie sie etwa vom Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) gefördert werden, weiter auszubauen und zu stärken. Gerade die koordinierende Funktion, die hier geleistet wird, bündelt und stärkt damit das Engagement gegen Judenfeindlichkeit.
- Jede Schülerin und jeder Schüler in Hessen soll in ihrem bzw. seinem Teil der weiterführenden Schullaufbahn eine NS-Gedenkstätte besuchen, wobei für die Vor- und Nachbereitung Konzepte als Hilfestellung und Unterstützung für Lehrerinnen und Lehrer zwingend fortzuentwickeln sind. Ohne eine intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocaust und dem Gegenwartsbezug von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, besteht die Gefahr, dass derartige Besuche in ihrer Lernwirkung verpuffen. Gerade auch die antisemitischen Vorkommnisse um die Fahrt einer Schulklasse aus Grünberg nach Buchenwald und das anschließende Abspielen judenfeindlicher Lieder im Bus zeigen, welchen schädlichen und anhaltenden Einfluss rechtsextremistisches Gedan-

kengut auf die Entwicklung junger Menschen hat und wie dies selbst von Eindrücken eines Besuchs eines früheren Konzentrationslagers alleine nicht überwunden werden kann.

- Um das heutzutage eher kritische Israelbild gerade auch junger Menschen in unserem Land zu verbessern, sollte der Ausbau von Schul- und Bildungspartnerschaften zwischen Hessischen und Israelischen Schulen- und Hochschulen noch stärker gefördert werden. Um diese Partnerschaften auch eng mit der umgebenden Stadt-, Kreis oder Gemeindegesellschaft zu verknüpfen, sollte über die Hessischen Kommunalen Spitzenverbände auch die Motivation zur Vereinbarung kommunaler Partnerschaften zwischen Hessischen und Israelischen Gemeinden, Städten und Kreisen verstärkt werden, auch durch finanzielle Unterstützung für derartige Partnerschaften der Völkerverständigung, wenn es z.B. um die Finanzierung wechselseitiger Besuchsprogramme geht.
- Neben der Verbesserung des Israelbildes in unserem Land ist auch das konsequente Engagement des Landes gegen jegliche Form der Diffamierung und Delegitimierung des Staates Israel, wie etwa gegen die antisemitische BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions), wichtig, denn gerade die Gefahren des israelbezogenen Antisemitismus werden in der öffentlichen Wahrnehmung eher noch unterschätzt.
- Unternehmen der Social-Media Industrie sollten noch stärker auf ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung im Umgang mit Antisemitismus im Netz hingewiesen werden. Gerade die aktuelle Corona-Krise hat neben der Ausbreitung des COVID19-Virus auch zu einer deutlichen Ausbreitung antisemitischer Hetze und judenfeindlicher Verschwörungstheorien im Kontext von Corona geführt. Neben den bereits beschrittenen gesetzlichen Wegen zur Eindämmung von Hass und Hetze im Netz sollten beim Ausbleiben eigener Anstrengungen der Betreiber von Onlineplattformen weitere gesetzliche Schritte zur Eindämmung von Judenhass im Internet geprüft werden.

7. Pressemitteilungen (Auswahl)

- 09.04.2019 Uwe Becker zum neuen Antisemitismusbeauftragten berufen
- 09.05.2019 Ernennung Uwe Becker
- 16.05.2019 Uwe Becker fordert Überprüfung von Vereinen
- 27.05.2019 Keine Kapitulation vor dem Antisemitismus
- 21.06.2019 Becker Teilnahme Konferenz Europa
- 24.06.2019 Bilder des Fotografen Herlich
- 02.07.2019 Gestärkter Umgang mit Judenfeindlichkeit an Schulen
- 01.08.2019 Becker vom israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin in Jerusalem empfangen
- 07.08.2019 Stellung zur BDS-Bewegung
- 15.08.2019 Projektstart Meet a Rabbi
- 27.08.2019 Besuch der Geschwister-Scholl-Schule Bensheim
- 29.08.2019 Besuch Sara-Nussbaum-Zentrum für jüdisches Leben
- 30.08.2019 Jahrestreffen der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
- 17.09.2019 Jüdische Gemeinde Hanau –Kooperation Hanau
- 20.09.2019 Besuch Martin-Buber-Haus in Heppenheim
- 23.09.2019 Konstituierende Sitzung der Bund-Länder-Kommission in Berlin
- 25.09.2019 30-jähriges Bestehen der Buber-Rosenzweig-Stiftung
- 26.09.2019 OSZE Konferenz in Warschau
- 30.09.2019 Besuch jüdische Gemeinde Wiesbaden
- 01.10.2019 Grüße zum jüdischen Neujahresfest
- 10.10.2019 Uwe Becker zum Anschlag von Halle
- 25.10.2019 Becker zur aktuellen Studie des jüdischen Weltkongresses
- 29.10.2019 Round-Table-Gespräch mit Dr. Elio Adler von der Werteinitiative e.V.
- 31.10.2019 Austausch mit Amtskollege Dieter Burgard RLP
- 05.11.2019 Austausch mit US-Kollegen Elan Carr
- 27.11.2019 Antisemitismusbeauftragter kritisiert Auftritt Kollegah
- 28.11.2019 Kein Platz für Hass und Antisemitismus in Hessen
- 20.12.2019 Meldestelle-Zeichen setzen gegen Antisemitismus
- 20.12.2019 Treffen mit Schulleitung Theo-Koch-Schule
- 08.01.2020 Jahrestag Befreiung Auschwitz
- 06.03.2020 Becker fordert Indizierung von Höcke Buch

- 03.04.2020 Gruß an jüdische Gemeinden zu Pessach
- 28.05.2020 Starke Impulse von Deutschland beim Kampf gegen Antisemitismus
- 03.06.2020 Klare Haltung von Veranstaltern gegen Antisemitismus gefordert
- 07.07.2020 Antisemitismusbeauftragter verurteilt israelfeindliche Demonstration in Frankfurt
- 17.07.2020 Ministerpräsident Bouffier und Antisemitismusbeauftragter Becker gratulieren Zentralrat der Juden zum 70-jährigen Bestehen
- 28.07.2020 „Position für ein Miteinander ohne Judenhass beziehen“ - Becker in den Beirat der internationalen Combat Antisemitism Bewegung (CAM) aufgenommen
- 07.08.2020 Antisemitismusbeauftragter unterstützt Appell an Facebook
- 25.09.2020 Zum jüdischen Feiertag – Jom Kippur
- 1.10.2020 Wichtiges Signal gegen Antisemitismus - Übernahme der Arbeitsdefinition Antisemitismus (IHRA-Definition) in das Regierungshandeln beschlossen
- 14.10.2020 Konsequenz gegen Holocaust-Leugnungen vorgehen
- 06.01.2021 Antisemitismusbeauftragter Becker lobt Offenbacher Zivilcourage
- 12.01.2021 IHRA-Handbuch als Hilfsmittel gegen Judenfeindlichkeit
- 25.01.2021 Antisemitismusbeauftragter beteiligt sich an Aktion „We remember“
- 27.01.2021 Eintracht Frankfurt setzt ein Zeichen gegen Antisemitismus

8. Eindrücke aus der Arbeit des Landesbeauftragten



Ministerpräsident Volker Bouffier überreicht Uwe Becker seine Ernennungsurkunde zum Antisemitismusbeauftragten der Hessischen Landesregierung, es gratulieren Prof. Dr. Salomon Korn (Vorsitzender des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde Frankfurt) und Dr. Jacob Gutmark (Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden Hessen).

© Staatskanzlei



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker (vordere Reihe, 1. v. rechts) mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern.

© BMI / Felix Beckel



Der Beauftragte der Hessischen Landesregierung für das jüdische Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Uwe Becker, hat in Mainz mit seinem rheinland-pfälzischen Amtskollegen Dieter Burgard über die verschiedenen Maßnahmen im Kampf gegen Judenfeindlichkeit in Deutschland gesprochen.

© Staatskanzlei



„Schabbat – Sonntag – Ruhetag“, so heißt ein Schulprojekt des jüdischen Sportvereins Makkabi Frankfurt im Zusammenwirken mit der Organisation „Kulturelle Begegnungen“, mit dem Schülerinnen und Schülern jüdische Traditionen, jüdische Kultur und Religion vermittelt werden soll.

© Rafael Herlich



Hessischer Antisemitismusbeauftragter Uwe Becker (Mitte links) gemeinsam mit der Schulleiterin Dr. Angela Lüdtké (Mitte rechts), dem stellvertretenden Schulleiter Thomas Stricker (Ganz links) und dem Fachbereichsleiter Stefan Trier (2. v. links) sowie Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl-Schule in Bensheim.

© Staatskanzlei



Andreas Jorde, Peter Molzberger, Jörg Keller (Schulleiter der Theo-Koch-Schule) und der Hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker (v.l.).

© Staatskanzlei



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker startete, gemeinsam mit den Rabbinern Avichai Apel und Julien Soussan, das Projekt „Meet a Rabbi“. Sie brachten eine Mesusa an der Eingangstür im Büro des Antisemitismusbeauftragten in der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden an. Diese erinnerten Juden an das Wort Gottes und hängt an den Türpfosten vieler jüdischer Gebäude.

© Staatskanzlei



Auf Einladung des Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Uwe Becker, hat nun der Präsident des Israelischen Kommunalen Spitzenverbandes, Haim Bibas, Bürgermeister von Modi'in, die Hessische Landeshauptstadt besucht und wurde von Innen- und Kommunalminister Peter Beuth empfangen.

© Hessisches Ministerium des Innern und für Sport



v.l.n.r.: Oliver Dainow (Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen), Uwe Becker (Hessischer Antisemitismusbeauftragter), Shim on Großberg (Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Hanau).

© Staatskanzlei



Antisemitismusbeauftragter Becker besucht Martin-Buber-Haus in Heppenheim. ICCJ-Generalsekretärin Anette Adelman, Schatzmeister Prof. Dr. Abi Pitum, Uwe Becker, ICCJ Präsident Bo Sandahl, Vizepräsidentin Lilliane Apotheker und Birgit Meurer vom Martin-Buber-Haus.

© Staatskanzlei



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker (l.) zeigt Bilder des Fotografen Rafael Herlich (r.) in seinem Büro in der Hessischen Staatskanzlei.

© Staatskanzlei



Der Hessische Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz und der Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung, Uwe Becker, haben sich heute über Fragen des Antisemitismus und den Umgang mit Judenfeindlichkeit in der Gesellschaft allgemein und mit einem besonderen Fokus auf Schulen ausgetauscht.

© HKM



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker beim Treffen der Arbeitsgemeinschaften der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

© Staatskanzlei



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker bei der Konferenz der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland zu Antisemitismus-Studien und deren pädagogische Konsequenzen.

© Rafael Herlich



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker hat in Warschau bei der Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an einer Podiumsdiskussion zu den praktischen Instrumenten im Kampf gegen Antisemitismus teilgenommen.

© Staatskanzlei



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte beim Gedenken an den Anschlag in Halle vor der Westend Synagoge in Frankfurt.

© Rafael Herlich



Vortrag beim Symposium der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) zur psychosozialen Arbeit mit Shoah-Überlebenden und deren Nachkommen.

© Rafael Herlich



Im Gespräch mit Katharina von Schnurbein, der Antisemitismusbeauftragten der Europäischen Kommission bei der Konferenz in Brüssel.

© Staatskanzlei



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte bei einem Vortrag beim Jiddisch Club der Jüdischen Gemeinde Frankfurt.

© Rafael Herlich



Roundtable-Gespräch mit dem Vorsitzenden der Werteinitiative e.V. Dr. Elio Adler zur Studie des Jüdischen Weltkongresses.

© Staatskanzlei



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker beim Vortrag zu Verschwörungstheorien und Antisemitismus in Fulda.

© Staatskanzlei



Der Hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker (l.) bei seinem Antrittsbesuchsbesuch beim israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin in Jerusalem.

© President's Office Israel



Uwe Becker (Mitte) mit Eintracht-Präsident Peter Fischer (l.) und Eintracht-Vorstand Axel Hellmann (r.) mit der Urkunde und dem darin verbundenen Dank zur Übernahme der IHRA-Arbeitsdefinition zum Antisemitismus.

© Eintracht Frankfurt

HESSEN

